

Empfehlungen

der Ausschüsse

zum

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der
Verordnung (EWG) Nr. 3164/76 über den Zugang zum grenzüber-
schreitenden Güterkraftverkehrsmarkt

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der
Verordnung (EWG) Nr. 4059/89 des Rates zur Festlegung der
Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum
Güterkraftverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie
nicht ansässig sind

KOM(90) 579 endg.; Ratsdok. 10590/90

Punkt der 626. Sitzung des Bundesrates am 1. März 1991

A

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen
Gemeinschaften und

der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung
zu nehmen:

Der Bundesrat nimmt zur Kenntnis, daß die beiden Verord-
nungsvorschläge vom Rat der Europäischen Gemeinschaften
bereits verabschiedet sind.

Ausgeliefert am 19. FEB. 1991 ...

Er bittet jedoch die Bundesregierung, sich bei zukünftigen Beratungen in der EG für ein Einfrieren der Kontingente sowie für eine mittelfristige Rücknahme einzusetzen, um hierdurch die ökologisch verträglichere Bahn und insbesondere den kombinierten Verkehr stärker zu fördern.

Durch die Anhebung der Kontingente in den Jahren 1991 und 1992, die generell und nicht nur für den Bereich der ehemaligen DDR erfolgt, wird erneut einem seit langem befürchteten Wachstum des Straßengüterverkehrsaufkommens der Weg geebnet. Mit diesen Konzessionen gegenüber dem Straßenverkehr werden jedoch die Ziele der Enquete-Kommission zum Schutz vor Klimagefahren weiterhin konterkariert.

B

Der Ausschuß für Innere Angelegenheiten und
der Ausschuß für Verkehr und Post
haben von einer Empfehlung abgesehen, da die Verordnungsvorschläge bereits vom Rat verabschiedet worden sind.